



Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung

50. Sitzung (öffentlich)

16. Februar 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:10 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde:

"Position der Landesregierung zum Flächenverbrauch"

1

Der Bericht der Landesregierung wird mit Vorlage 13/3206 gegeben.

2 EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie und deren Durchführung in NRW, insbesondere auch im Hinblick auf die Erstellung von Reinhalteplänen

4

Der Bericht von Ministerin Bärbel Höhn wird mit Vorlage 13/3219 gegeben.

Die Ministerin und Minister Dr. Axel Horstmann (MVEL) beantworten Fragen.

3 Braunkohlenpläne "Umsiedlung Immerath-Pesch-Lützerath" und "Umsiedlung Borschemich"

Vorlage 13/3200

-

Das Benehmen wird einstimmig hergestellt.

4 Fortentwicklung in der getrennten/gemeinsamen Abfallsammlung 13

Der Bericht der Landesregierung wird mit Vorlage 13/3207 gegeben.

5 Gesetz zur Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens (Katastermodernisierungsgesetz)

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 13/6183 und 13/6216 (2. Neudruck)

16

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der CDU einstimmig angenommen.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe - Ergänzungsgesetz OWL

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 13/6477

16

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Darüber hinaus wird vereinbart, die Fraktionen zu bitten, die im Umweltausschuss gestellten Fragen - Vorschläge Nr. 10, Nr. 14, Nr. 17, Nr. 18 und Nr. 19 - zu klären, in die Beratung des federführenden Wirtschaftsausschusses einzubeziehen und am 9. März 2005 darüber zu befinden.

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG)

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 13/6349

21

Der Ausschuss beschließt einstimmig, kein Votum abzugeben.

**8 Chancen für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen verbessern;
Grundstücke für die Ansiedlung "flächenintensiver Großvorhaben" tat-
sächlich verfügbar machen**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 13/618

21

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die
Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

**9 Die Landesregierung muss jährlich einen Bericht zur technologischen
Leistungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens vorlegen**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/6240

22

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die
Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Nächste Sitzung: 9. März 2005

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6349

Vorsitzender Klaus Strehl teilt mit, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 15. Dezember 2004 an den Landwirtschaftsausschuss - federführend -, den Umweltausschuss, den Verkehrsausschuss und den Ausschuss für Kommunalpolitik zur Mitberatung überwiesen worden.

Alle Fraktionen hätten für den federführenden Ausschuss einen gemeinsamen Änderungsantrag vorgelegt. Der federführende Ausschuss werde den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 17. Februar 2005 abschließend beraten.

Abstimmungsergebnis siehe Beschlussprotokoll.

8 Chancen für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen verbessern; Grundstücke für die Ansiedlung "flächenintensiver Großvorhaben" tatsächlich verfügbar machen

Antrag
der FDP-Fraktion
Drucksache 13/618

Vorsitzender Klaus Strehl führt aus, der Antrag der FDP-Fraktion sei vom Plenum in seiner Sitzung am 24. Januar 2001 an den Umweltausschuss - federführend -, den Ausschuss für Kommunalpolitik, den Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen sowie den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Mittelstand zur Mitberatung überwiesen worden. In der Ausschusssitzung am 13. Juni 2001 habe man sich darauf verständigt, zunächst den Landesplanungsbericht abzuwarten, der dem Landtag am 28. Februar 2002 vorgelegt worden sei.

Holger Ellerbrock (FDP) erläutert, der Antrag zeige Handlungsmöglichkeiten auf, um diese Grundstücke, die im Landesplanungsbericht enthalten seien, verfügbar zu machen. Die FDP stehe nach wie vor zu diesem Antrag und bitte um Zustimmung.

Hardy Fuß (SPD) geht auf das Beispiel BMW-Zweigwerk ein, das im Antrag aufgeführt sei. Sanft ansteigende Ackerflächen zur Eifel hin und arbeitsame Handwerker hätten BMW damals veranlasst, sich dieses Stück Land bei Euskirchen/Weilerswist - A 61/A 1 - neben anderen Standorten auszugucken. Kein Landesplaner wäre jemals auf die Idee gekommen, dass es sich dabei um eine ideale Fläche für ein großes Autowerk handeln könnte.